

Pressemitteilung vom 17.11.2020

Duisburger SPD ist entsetzt über drohende Schließung des Grobblechwerks in Duisburg-Hüttenheim

Die Duisburger SPD-Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie die Duisburger SPD-Ratsfraktion reagieren entsetzt auf die Nachricht, dass der Verkauf des Thyssenkrupp-Grobblechwerks in Hüttenheim gescheitert ist. Nun droht dem Werk die Schließung. „Die Beschäftigten vor Ort leisten trotz der schwierigen Bedingungen hervorragende Arbeit. Es wurde versäumt, die notwendigen Investitionen in den Standort zu tätigen. Jetzt muss die Belegschaft für die Managementfehler der vergangenen Jahre büßen“, sagen die Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir, die Landtagsabgeordneten Sarah Philipp, Rainer Bischoff, Frank Börner und Ralf Jäger sowie der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Bruno Sagurna.

Die Duisburger SPD-Politiker fordern von der Konzernspitze von Thyssenkrupp, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. So wurde es im Tarifvertrag „Zukunftspakt Stahl“ bis Ende März 2026 vereinbart. „Wir erwarten, dass der Konzernvorstand schnell für Klarheit sorgt und auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet. Wir werden die Belegschaft des Grobblechwerks unterstützen, wo wir können, und uns solidarisch an die Seite der Beschäftigten stellen“, sagen die Sozialdemokraten.